



## Niederschrift

### 23. öffentliche / nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 18.11.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:05:20:05 Uhr  
**Ort, Raum:** Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469  
Potsdam

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Frau Antonia Heigl	DIE aNDERE	
Herr Uwe Adler	SPD	ab 18:15 Uhr
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------	--------------------------

#### sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU
Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

#### Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Geschäftsbereich 4	ab 19:50 Uhr
-------------------	--------------------	--------------

#### Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Bündnis 90/Die Grünen
------------------	--------------------------

## **Vertreter Fridays For Future**

Frau Anna Ducksch FFF

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussvorsitz**

Herr Andreas Walter Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt

### **Ausschussmitglieder**

Herr Sebastian Olbrich AfD entschuldigt

### **zusätzliches Mitglied**

Herr Björn Teuteberg Freie Demokratische Partei entschuldigt

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Dr. Matthias Kretschmer Freie Demokraten entschuldigt

Herr Klaus Rietz BürgerBündnis entschuldigt

### **Gäste**

Herr Norman Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 3.3, 3.8, 3.9, 4.2, 7.1

Herr Thomas Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) zu TOP 3.5, 3.7

Herr Lars Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 3.6, 3.11

Herr Andreas Hansche (Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) zu TOP 3.10

Frau Yvonne Stolzmann (Bereich Stadterneuerung) zu TOP 3.12

### **Schriftführer/in:**

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
28.10.2021
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden  
Vorlage: 21/SVV/0630  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)
  - 3.2 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden  
Vorlage: 21/SVV/0632  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
(Wiedervorlage)
  - 3.3 Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0836  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische  
Infrastruktur  
(2. Lesung)
  - 3.4 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP  
fördern  
Vorlage: 21/SVV/0851  
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen  
(Wiedervorlage)
  - 3.5 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0934  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische  
Infrastruktur  
(Rücküberweisung + ÄA OBR Eiche v. 7.10.2021)
  - 3.6 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung  
(Lichtschutzleitlinie)  
Vorlage: 21/SVV/0937  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen  
(Wiedervorlage)
  - 3.7 Optimierung des Kreuzungsbereiches Döberitzer  
Straße/Gartenstraße/Schulweg zur Regenbogenschule  
Vorlage: 21/SVV/1017  
Einreicher: Ortsbeirat Fahrland
  - 3.8 Ein Radweg für die Geschwister-Scholl-Straße  
Vorlage: 21/SVV/1048  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.9 Mehr Sicherheit für Fahrräder  
Vorlage: 21/SVV/1052  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 3.10 Fahrrad Diebstahlschutz  
Vorlage: 21/SVV/1061  
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
- 3.11 Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen  
Vorlage: 21/SVV/1065  
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.12 Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt / Plantage", 1. Änderung Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 21/SVV/1108  
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zur Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1120)  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.2 Berichterstattung zu Radverkehrsmaßnahmen 2022  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.3 Berichterstattung zu Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1286)  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.4 Berichterstattung zu Smart-City Elemente in der vorhandenen Verkehrssteuerung (zu Antrag DS 21/SVV/1075)  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Sonstiges

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Sicherstellung der ÖPNV-Erschließung von Krampnitz mit maximal 5.000 Einwohnern\*innen  
Vorlage: 21/SVV/1120  
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Lange, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.10.2021**

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Aufgrund der aktuellen Pandemielage wird vorgeschlagen, diese Sitzung auf möglichst zwei, maximal drei Stunden Sitzungszeit zu begrenzen.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 28.10.2021 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 6:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Der Tagesordnungspunkt (TOP) 3.1 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden wird zurückgestellt, aufgrund bestehenden Abstimmungsbedarfs
- Der TOP 3.2 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden wird zurückgestellt, aufgrund bestehenden Abstimmungsbedarfs
- Der TOP 3.6 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie) wird zurückgestellt, da noch nicht alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Vorsitzende teilt mit, dass Frau Heike Thiel den Beirat für Menschen mit Behinderung zum 31.10.2021 verlassen hat und ab November nicht mehr als Vertreterin des Beirates im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität aktiv ist. Derzeit wird kein neuer Vertreter benannt.

Die Vorsitzende kündigt die außerordentliche nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität zur Vorlage Sicherstellung der

ÖPNV-Erschließung von Krampnitz mit max. 5 000 Einwohner\*innen am 25.11.2021 an. Der Ortsbeirat Fahrland berät erst am 24.11.2021 - weil die Voten der Ortsbeiräte von den Gremien in ihre Empfehlung einbezogen werden sollen und es ist zwingend notwendig ist, die Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember beschließen zu lassen, muss es zu der Vorlage eine gesonderte Sitzung geben. Die Einladung zur Sitzung ist den Mitgliedern am 15.11.2021 zugegangen.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Ökologisches Bauen von kommunalen Gebäuden**

**Vorlage: 21/SVV/0630**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

#### **zu 3.2 Hohe Energiestandards beim Bau von städtischen Gebäuden**

**Vorlage: 21/SVV/0632**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

#### **zu 3.3 Neufassung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 21/SVV/0836**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (2. Lesung)

Die Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) geht auf die Änderungsanträge der Ortsbeiräte ein und erläutert, weshalb er deren Ablehnung empfiehlt.

Ortsbeirat Groß Glienicke vom 14.9.2021:

„Änderung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1 auf Grundlage § 87 Abs. 4 Nr. 1-3 und Abs. 5 Nr. 1-3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).

**Einschließlich der Änderung in der Anlage 1, Abs. 1.1, Spalte 3 wie folgt:**

Für den Ortsteil Groß Glienicke:

Anlage 1 – Richtzahlenliste, lfd.-Nr. 1.1 Wohnungen, Spalte 3 – für KFZ, ist zu ändern:

in Gebäuden mit bis zu 2 Wohneinheiten: -- Wohnung soll gestrichen werden,  
**neu: 2**  
Wohnungen in Gebäuden mit mehr als 2 Wohneinheiten: 0,5 , **neu: 1“**

Ortsbeirat Satzkorn vom 7.10.2021:

Änderung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1 auf Grundlage § 87 Abs. 4 Nr. 1-3 und Abs. 5 Nr. 1-3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).

**Einschließlich Änderungen bei PKW, bei Auto und Fahrrad und in der Anlage 1 (Richtzahlenliste, Spalte Fahrräder):**

**PKW:**

Es sollte rechtlich geprüft werden, inwieweit die verpflichtende Errichtung von Elektroladeinfrastruktur doch in die Stellplatzsatzung aufgenommen werden kann. Der Ortsbeirat Satzkorn plädiert dafür, dass bei Neubauten auf jedem 4. Stellplatz eine Lademöglichkeit vorgesehen wird. Das geht über das aktuell bundesweit gültigen GEIG hinaus, bei dem nur die Vorrüstung geregelt wird.

**Änderungen in der Anlage 1 (Richtzahlenliste, Spalte Fahrräder)**

1.1 Wohnen: hier sollte der Bezugswert bei 25m<sup>2</sup> liegen (statt 35 m<sup>2</sup>). Begründung: In einer großen Wohnung von 100 m<sup>2</sup> leben meist vier, statt zwei Menschen. Jeder Bewohner muss die Möglichkeit haben, sein Fahrrad abstellen zu können. Eine veraltete Verkehrsbefragung aus 2018 kann nicht Grundlage der Entscheidung sein (siehe Anlage 3, 1.2). Die Stellplatzsatzung muss die Fahrradnutzung in Zukunft komfortabler machen.

4.1 Gaststätten, Diskotheken, Spielhallen und -casinos, Vereins- und Clubhäuser u. ä.:

auf 2 je 10qm erhöhen

6.1 Sportplätze: Erhöhung auf 6 je 400m<sup>2</sup> Sportfläche

7.1 Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien, Kuranstalten, Anstalten für langfristig Kranke:

Erhöhung auf 1 je 4 Betten

8.3. Erhöhung auf 15 je 20 Ausbildungsplätze

**Änderung für Auto und Fahrrad**

7.2. Pflegeheime deutlich zu wenig Stellplätze! Statt 1/0,5 Besser 4/6 auf 12 Betten. (Pflegebedürftige sollen viel besucht werden. Das darf nicht an fehlenden Stellplätzen scheitern. Ausserdem werden alte Leute gern von alten, oft selbst mobilitätseingeschränkten Menschen besucht, die ein Auto brauchen!)“

Die Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Ortsbeirates Satzkorn zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mit 0:5:2 abgelehnt.

Die Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Ortsbeirates Groß Glienicke zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mit 0:4:3 abgelehnt.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Änderung der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1 auf Grundlage § 87 Abs. 4 Nr. 1-3 und Abs. 5 Nr. 1-3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 3.4 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern**

**Vorlage: 21/SVV/0851**

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen  
(Wiedervorlage)

Die Vorsitzende weist auf die neue Fassung des Antrags hin und stellt diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Verpachtung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP neu geregelt werden kann (z.B. über einen Zwischenpachtvertrag oder eine Auftragsverwaltung), mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen landwirtschaftlichen Flächen. Ziel sollte dabei die Formulierung von einfach zu vollziehenden sozial-ökologischen Kriterien sein, an deren Einhaltung die Verpächter:innen gebunden werden sollen.**

**Geprüft werden soll dabei auch, unter welchen Bedingungen und in welchem Turnus Pachtverträge neu ausgeschrieben werden.**

**Dabei sollen relevante Akteur:innen einbezogen werden.**

**Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist bis zum III. Quartal 2022 zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 3.5 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 21/SVV/0934**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur (Rücküberweisung + ÄA OBR Eiche v. 7.10.2021)

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich hier um eine Rücküberweisung handelt und über den Änderungsantrag des Ortsbeirates Eiche vom 7.10.2021 nochmals abzustimmen ist.

„2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

**Mit folgender Änderung in der Anlage II, Straßenverzeichnis 2022-2023:**

- |   |  |
|---|--|
| <b>1. Baumhaselring Hauptzug</b>  | <b>1 für Winterdienst ist nachzutragen.</b>  |
| <b>2. Baumschulenweg</b>  | <b>1 für Winterdienst ist nachzutragen.</b>  |
| <b>3. Eichenring FR Wildbirnenweg bis Rosskastanienstraße sowie bis Altes Rad</b> | <b>1 für Winterdienst ist nachzutragen.“</b> |

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt zum o.g. Änderungsantrag für die Verwaltung Stellung. Er erläutert, dass die Kosten für Winterdienste, die auf Straßen, die keine Gefährdung darstellen, durchgeführt werden auf die Anlieger umzulegen sind. Dies treffe auch auf die im Änderungsantrag benannten Straßen zu. Sollten Straßen aufgrund beispielsweise starkem Schneefall zu einer Gefährdung werden, werde hier auch ohne Nennung in der Winterdienstsatzung geräumt. Er rät von der Aufnahme dieser Straßen in die Satzung ab.

Herr Berlin erklärt, dass sich im Baumschulenweg die Einfahrt der freiwilligen Feuerwehr befindet. Diese sollte auf jeden Fall durchgängig geräumt und in die Satzung aufgenommen werden.

Herr Schenke bietet an, den Baumschulenweg (Straßenzug um die Einfahrt der freiwilligen Feuerwehr) ohne gesonderten Beschluss in die Satzung aufzunehmen. Der Änderungsantrag des Ortsbeirates Eiche solle abgelehnt werden.

Herr Berlin erklärt sich mit dem von Herrn Schenke vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden und bringt einen weiteren Ergänzungsantrag von Herr Jäkel (Fraktion DIE LINKE) ein:

„In der Satzung ist folgender Satz zu ergänzen:

Für Grundstücke, die im Rahmen des Ackerbaus, der Feld- und Weidewirtschaft oder forstwirtschaftlich genutzt werden, sind die Grundstückseigentümer insoweit von der Gebührenpflicht ausgenommen, wie diese Nutzungsarten im Grundbuch ausgewiesen sind.“

Herr Schenke erklärt, dass Ackerfläche ohnehin nicht gebührenpflichtig ist. Die Forderung des Ergänzungsantrages ergibt sich bereits aus der Satzung.

Aufgrund der Aussagen von Herrn Schenke schlägt Herr Berlin vor, den Ergänzungsantrag von Herrn Jäkel als durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Die Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag von Herrn Jäkel als durch Verwaltungshandeln erledigt zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig **angenommen.**

Die Vorsitzende stellt den Änderungsantrag des Ortsbeirates Eiche vom 7.10.2021 zur Abstimmung.

2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

**Mit folgender Änderung in der Anlage II, Straßenverzeichnis 2022-2023:**

- |  |                                      |
|--|--------------------------------------|
| 1. Baumhaselring Hauptzug  | 1 für Winterdienst ist nachzutragen. |
| 2. Baumschulenweg  | 1 für Winterdienst ist nachzutragen. |
| 3. Eichenring FR Wildbirnenweg bis Rosskastanienstraße sowie bis Altes Rad | 1 für Winterdienst ist nachzutragen. |

**Abstimmungsergebnis:** mit 0:7:1 abgelehnt.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Winterdienstsatzung der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Anlage „Straßenverzeichnis“

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 3.6 Leitlinie der Landeshauptstadt Potsdam zum Schutz vor Lichtverschmutzung (Lichtschutzleitlinie)**

**Vorlage: 21/SVV/0937**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen (Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 3.7 Optimierung des Kreuzungsbereiches Döberitzer  
Straße/Gartenstraße/Schulweg zur Regenbogenschule  
Vorlage: 21/SVV/1017  
Einreicher: Ortsbeirat Fahrland**

Frau Lange bringt den Antrag anhand von Bildmaterial für Herrn Matz (Ortsvorsteher Fahrland) ein, der heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Sie weist darauf hin, dass auch der zuständige Revierpolizist eine Gefährdung an dieser Stelle sieht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) erklärt für die Verwaltung, zu Februar 2022 eine entsprechende Konzeption vorbereiten zu können und diese im Ortsbeirat diskutieren zu lassen.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gestaltung des Kreuzungsbereiches Döberitzer Straße/Gartenstraße/Schulweg zur Regenbogenschule im Ortsteil Fahrland dahingehend zu optimieren, dass dieser insbesondere von Erstklässler\*innen gefahrloser gequert werden kann. Hierfür sind mindestens folgende Optionen zu prüfen und zweckdienliche Maßnahmen kurzfristig umzusetzen:

1. zusätzliche Anbindung des Schulweges an die Döberitzer Straße auf Höhe der Verlängerung des Gehweges der Gartenstraße (damit nur noch eine Straßenquerung notwendig ist),
2. Optimierung der Bepflanzung des nordöstlichen Straßenbegleitgrüns und der Pflanzkübel im Bereich der nördlichen Döberitzer Straße im Hinblick auf die typische Sichthöhe (Augenhöhe) von rund 110 cm bei Erstklässler\*innen,
3. verkehrsrechtliche Anordnungen in Form von Park- oder Halteverböten vor dem Kreuzungsbereich (Sichtbehinderung durch parkende Fahrzeuge),
4. weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen durch den Einbau von beidseitigen Verkehrswächtern.

Der Ortsbeirat Fahrland ist spätestens zum Februar 2022 über Vorschläge und Maßnahmen zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.8 Ein Radweg für die Geschwister-Scholl-Straße**  
**Vorlage: 21/SVV/1048**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dörschel bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erklärt, den Antrag nachvollziehen zu können. Eine Prüfung sollte jedoch im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes (RVK) geprüft werden, um nicht laufende Prozesse zu unterbrechen.

Frau Lentz hält den Antrag prinzipiell für gut, es aber auch für schwierig, dort eine Lösung zu finden. An dieser Stelle sieht sie derzeit eine Gefährdung für alle Verkehrsteilnehmer. Für den Radverkehr müsse auch in die andere Richtung, stadteinwärts, eine Lösung gefunden werden.

Herr Berlin erklärt, die Geschwister-Scholl-Straße nicht als Ausnahme zu betrachten - gefährliche Stellen gibt es überall in der Stadt. Demnach ist diese Prüfung, wie von der Verwaltung dargelegt, im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes vorzunehmen und der Antrag abzulehnen.

Herr Kuppert sieht dagegen eine spezielle Gefährdung in der Geschwister-Scholl-Straße. Der Antrag sollte beschlossen werden, allerdings mit der Aufnahme der Prüfung in der nächsten Fortschreibung des RVK.

Herr Spade erkundigt sich, ob das RVK öffentlich ist und ob sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen können.

Herr Niehoff betont nochmals, dass auch wenn das aktuell vorliegende RVK die Geschwister-Scholl-Straße ohne Mängel ausweist, dies nicht so bleiben muss. Im Rahmen der Fortschreibung würde die Geschwister-Scholl-Straße als gefährdeter Standort aufgenommen und geprüft, was dort getan werden kann. Auf die Nachfrage von Herrn Spade geht Herr Niehoff ein, das RVK ist öffentlich einsehbar und steht im Internet zur Verfügung.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte und Abstimmung des Antrags in der folgenden geänderten Fassung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

**im Rahmen des Radverkehrskonzeptes** zu prüfen, wie eine Lösung für den stadtauswärtigen Radverkehr zwischen Clara-Zetkin-Straße und dem Schafgraben bzw. der Hans-Sachs-Straße (z.B. in Form eines Radstreifens anstelle der Parkplätze) aussehen kann – vordringlich für den besonders belebten Abschnitt zwischen Nansenstraße und Carl-von-Ossietzky-Straße, für den gleichzeitig auch die Schaffung von Auslademöglichkeiten für den Lieferverkehr die dort ansässigen Geschäfte zu berücksichtigen ist;“

- ~~und diese Lösung bei der Erarbeitung der Fortschreibung des~~

~~Radwegeverkehrskonzepts zu berücksichtigen.~~

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Sommer 2022 zu berichten.~~

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Die Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Finken zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig **angenommen**.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

**im Rahmen des Radverkehrskonzeptes** zu prüfen, wie eine Lösung für den stadtauswärtigen Radverkehr zwischen Clara-Zetkin-Straße und dem Schafgraben bzw. der Hans-Sachs-Straße (z.B. in Form eines Radstreifens anstelle der Parkplätze) aussehen kann – vordringlich für den besonders belebten Abschnitt zwischen Nansenstraße und Carl-von-Ossietzky-Straße, für den gleichzeitig auch die Schaffung von Auslademöglichkeiten für den Lieferverkehr die dort ansässigen Geschäfte zu berücksichtigen ist;“

- ~~und diese Lösung bei der Erarbeitung der Fortschreibung des Radwegeverkehrskonzepts zu berücksichtigen.~~

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Sommer 2022 zu berichten.~~

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.9 Mehr Sicherheit für Fahrräder**  
**Vorlage: 21/SVV/1052**  
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Die Tagesordnungspunkte 3.9 und 3.10 werden gemeinsam behandelt.

Herr Berlin bringt die DS 21/SVV/1052 ein.

Die Debatte zum Antrag DS 21/SVV/1061 erfolgt ohne Einbringung.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert zur DS 21/SVV/1052, dass Fahrradabstellboxen von der Verwaltung bereits mitgedacht werden, auch bei der

Planung von herkömmlichen Fahrradstellplätzen. Die Verwaltung ist bestrebt, mehr Boxen in der Stadt anzubieten, allerdings ist die Standortsuche von verschiedenen Faktoren abhängig und daher nicht ganz einfach. Die Forderung des hiesigen Antrags sei durch Verwaltungshandeln erledigt. Herr Niehoff verweist auf die Arbeitsgruppe (AG) Rad, die sich unter anderem auch mit diesem Thema befasst.

Herr Hansche (Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) informiert zur DS 21/VV/1061 über den seit letztem Jahr bestehenden Präventionsrat. Sein Bereich stehe außerdem mit der Polizei und dem Bereich Verkehrsentwicklung im Austausch. Zudem ist vorgesehen, der AG Rad beizutreten und sich dort entsprechend einzubringen.

Frau Lange bezieht sich auf den angesprochenen Präventionsrat und hält die Bündelung mit der Verwaltung für eine gute Verbindung.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, beide Anträge zurückzustellen und den Präventionsrat einzuladen, um dessen Stellungnahme zu den Anträgen zu hören. Danach könnten die Anträge abgestimmt werden.

Für und gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Herr Hansche informiert, dass die nächste Abstimmung im Dezember dieses Jahres stattfindet und im Januar/ Februar 2022 im Ausschuss berichtet werden könnte.

Die Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Finken zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen.

Die Anträge Drucksachen 21/SVV/1052 und 21/SVV/1061 werden zurückgestellt bis der Präventionsrat im hiesigen Ausschuss dazu angehört wurde.

**zu 3.10 Fahrrad Diebstahlschutz**  
**Vorlage: 21/SVV/1061**  
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

(Debatte siehe Tagesordnungspunkt 3.9.)

Die Anträge Drucksachen 21/SVV/1052 und 21/SVV/1061 werden zurückgestellt bis der Präventionsrat im hiesigen Ausschuss dazu angehört wurde.

**zu 3.11    Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen**

**Vorlage: 21/SVV/1065**

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dörschel bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) teilt stellvertretend für den Kommunalen Immobilien Service mit, dass die Verwaltung keine Einwände gegen den Antrag hat.

Herr Finken möchte den Antrag nicht ohne Informationen zu den Kosten beschließen.

Herr Berlin würde den Antrag zunächst als Prüfauftrag beschließen lassen, um zu sehen, was da genau auf die Stadt zukommt.

Herr Adler schließt sich der Forderung nach einem Prüfauftrag an, alternativ solle der Antrag zurückgestellt werden.

Herr Dörschel spricht sich gegen einen Prüfauftrag aus. Früher oder später müsse sowieso umgestiegen werden.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen bis der KIS Werksausschuss getagt hat (vorgesehen für den 19.11.2021).

Für und gegen den Antrag spricht niemand.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Finken zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mit 7:0:1 **angenommen**.

**zu 3.12    Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt / Plantage", 1. Änderung Abwägungs- und Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 21/SVV/1108**

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Frau Stolzmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, ein.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt / Plantage", 1. Änderung entschieden (gemäß Anlage 3A, 3B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 1 "Neuer Markt / Plantage", 1. Änderung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (gemäß Anlagen 4 und 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1      Berichterstattung zur Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße  
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1120)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 17.11.2021 ausgereicht – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

Herr Kuppert erkundigt sich, ob es an dieser Stelle wirklich keine Lösung für eine Verkehrsentslastung gibt.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) muss auf die Mitteilung verweisen, ein entsprechendes Lösungsangebot kann die Verwaltung hier leider nicht machen.

**zu 4.2      Berichterstattung zu Radverkehrsmaßnahmen 2022**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) stellt die Radverkehrsmaßnahmen anhand einer Präsentation, die als Anlage dem Protokoll beigefügt ist, vor.

Frau Lange hat eine Nachfrage zum Radweg nach Satzkorn/ Fahrland und erkundigt sich zudem nach dem Umfang der geplanten dynamischen Beleuchtung.

Herr Niehoff führt zum Radweg aus, dass ein entsprechender Lückenschluss diskutiert und im Ergebnis in der Priorität 2 eingeordnet worden ist. Diese Einordnung ergab sich aus dem Umstand, dass andere Maßnahmen als dringender eingeschätzt wurden.

Zur Frage von Frau Lange zur dynamischen Beleuchtung ergeht im Nachgang zur Sitzung folgende Mitteilung: „Am Radweg Satzkorn / Fahrland wird eine dimmbare, dynamische Beleuchtung eingebaut.“

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zu den Radverkehrsmaßnahmen 2022 zur Kenntnis.

**zu 4.3 Berichterstattung zu Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen  
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1286)**  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 17.11.2021 ausgereicht – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

**zu 4.4 Berichterstattung zu Smart-City Elemente in der vorhandenen  
Verkehrssteuerung  
(zu Antrag DS 21/SVV/1075)**  
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 17.11.2021 ausgereicht – sie ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.)

Herr Finken vermisst die Einbindung in die Smart-City Modellkommune, dies sei in der Berichterstattung nicht enthalten.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) geht auf die Nachfrage ein.

**zu 5 Sonstiges**

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) informiert bezüglich der geplanten Expertenrunde zum Thema Klimaneutralität 2035. Hierfür wurde der 20.1.2022 (Beginn 18 Uhr) vorgesehen. Voraussichtlich findet die Veranstaltung digital statt.